

# Arbeiterstimme



Lageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Montag den 19. Dezember 1932 Nummer 289

## Antifaschisten-Berordnung das Weihnachtsgeschenk des Kanzlergenerals

heute oder morgen neue Rotverordnung „zur Förderung des inneren Friedens“ . Republik-  
schutzgesetz in neuer Auflage . Das ist ihre „Winterhilfe“ . Macht Sturm im Land!

Dresden, 19. Dezember 1932

Das Kabinett Schleicher hat in seiner Sonnabend-Tagung neue Maßnahmen gegen das hungernde Volk beschlo-  
sen. Am heutigen Montag oder morgen, Dienstag, soll eine Verordnung des Reichspräsidenten mit dem Titel: „Zur  
Förderung des inneren Friedens“ erlassen. Nach bürgerlichen Pressemitteilungen soll durch diese Ver-  
ordnung das Republikstrafgesetz vom 23. März 1930 und die Rotverordnungen gegen politische Ausdrückungen vom  
11. und 28. Juni 1932 sowie die Rotverordnung gegen den Terror vom 8. August 1932 aufgehoben werden.  
An Stelle dieser Verordnungen soll eine neue treten, die absolut klar und eindeutig gegen die  
revolutionäre Arbeiterklasse gerichtet ist.

Es sollen die Strafbestimmungen für „Angriffe gegen den  
Reichspräsidenten“ nicht nur heftiger sondern auch nachlässiger  
werden. Aus dem alten Republikstrafgesetz sollen eine ganze  
Reihe von Bestimmungen in die Verordnung „zur Förderung des  
inneren Friedens“ übernommen werden und vor allem eine  
Bestimmung, die sich gegen die Kommunisten richtet. Nach der  
neuen Bestimmung sollen die „Schwüre der Wehr-  
macht“ in dieser Verordnung enthalten. Schließlich ist  
noch wichtig, daß der sogenannte „Kaiserparagraf“ des ur-  
sprünglichen Republikstrafgesetzes, wonach dem demagogischen  
Wortführer die Rückkehr nach Deutschland verboten war, in die  
neue Verordnung nicht aufgenommen worden ist.

### Arbeiterfrauen im Reichsjustiz- ministerium

In den letzten Tagen der vergangenen Woche rüdten zahl-  
reiche Arbeiterfrauen dem Reichsjustizminister auf die Fude, um  
die volle Amnestie für alle proletarischpolitischen Gefange-  
nen zu fordern. Dabei wurde unter anderem fünf Frauen von  
politischen Gefangenen aus Lübars bei Berlin vom Justizrat  
Dietrich erklart: „Vor Neujahr brauchen Sie mit einer  
Amnestie überhaupt nicht zu rechnen, und dann wird erst einmal  
geprüft, ob Ihre Männer überhaupt herauskommen.“  
Diese Bemerkung läßt die Verleumdungsabteilung höchst  
eindeutig erkennen. Die Arbeiter müssen den Kampf für die  
sofortige Freilassung aller proletarischpolitischen Gefangenen jetzt  
mit aller Kraft verstärken und alle Verleumdungsabteilungen  
durchkreuzen.

Alle diese Einzelheiten dieser neuen Antifaschistenver-  
ordnung sind von um so entscheidender Bedeutung als sie im  
Vereinbarung mit den in Schleichers Kabinett angedeuteten  
„besonderen Ausnahmemaßnahmen gegen die KPD“ ge-  
nommen werden müssen. Gerade dann wird die neue Rotverordnung  
„zur Förderung des inneren Friedens“ als eine ausge-  
zeichnete Antifaschistenverordnung angesehen.  
Der Jued, der mit dieser Verdringung des Kurses gegen die  
Kommunistische Partei beabsichtigt wird, ist allzu deutlich erkenn-  
bar. Die immer lauter in den Straßen der Städte erschallen-  
den Klagen der Hungernden des kapitalistischen Systems,  
die in diesen hungernden Massen bereits entzündeten Aktionen  
von Hunger und Frost, sollen mit härtesten Unterdrückungs-  
maßnahmen abhandelt werden. Den hungernden Massen soll ihre  
Partei - die Kommunistische Partei - unterdrückt und getrennt  
werden.  
Denn der Ruf der Massen nach Winterhilfe - nach Feuer-  
und Brot - bleibt noch wie vor unbeschadet. So hat auch  
die Reichsregierung in ihrer Sonnabend-Sitzung keine  
Entscheidung über die Winterhilfe getroffen

### Kampf gegen Hunger und Frost geht weiter Hungerdemonstrationen am „Goldenen Sonntag“. Erfolgreiche Erwerblosenaktionen

Berlin, 19. Dezember. (Sig. Drahtbericht.)  
Am sogenannten „Goldenen Sonntag“ kam es in Berlin zu  
mehr als 200 Hungerdemonstrationen. Die  
bürgerliche Presse berichtet, daß besonders in der Nähe der  
großen Weihnachtsmärkte sich gegen Abend große Massen von  
Verelbten sammelten.  
Es bildeten sich Sprechchöre und insbesondere an der Himmels-  
pforte war der Demonstrationen ausser-  
ordentlich zahlreich. Die Arbeiter sangen revolutionäre Lieder und  
sogen nach der inneren Stadt. Es kam zu  
Zusammenstößen mit der Polizei.  
Am Kottbuser Damm versuchte eine mehrere hundert Mann  
starke Menschenmenge in ein Geschäft einzudringen. In der  
Müller- und Reindendorfer Straße ging die Polizei unter Ab-  
gabe von Schusschüssen gegen die Demonstranten vor. In  
der Gold- und Heidestraße drangen hungernde Arbeitelle in  
große Lebensmittelgeschäfte ein.  
Insgesamt wurden 50 Personen, die an den Demonstrationen  
teilgenommen hatten, verhaftet.  
Am Sonntag 17.30 Uhr drang die Polizei in die in der  
Reppiger Straße befindliche proletarische Wohnkolle-  
niz ein, ließ das Geschäft räumen und schloß ab.  
Am „Goldenen Sonntag“ kam es in Bremen zu Demon-  
strationen. Sowohl im Westen als auch im Osten waren die  
Menschen überaus mutig mit Flaggen, welche zum Kampf für  
die Forderungen der Erwerblosen aufriefen. In einer der  
bedeutendsten Kreuzungen sprach ein Arbeiter zu der Po-  
lizei. Vier Arbeiter wurden festgenommen.

### Standalöse Amnestie-Vorlage der Schiedsregierung

Am morgen zusammengetretenen Sächsischen Landtag  
ist der Schiedsamt über die Gewährung von Straffreiheit in  
Sachsen verhandelt worden. Dazu hat die Schiedsregie-  
rung eine Vorlage angefertigt, die eine ungeheure Ver-  
mehrung der schon vorher im Landtag eingebrachten  
Anträge darstellt. Die Schiedsvorlage läßt ganz  
deutlich erkennen,  
daß ein großer Teil der proletarisch-politischen Ge-  
fangenen eingeliefert bleiben soll.  
So berichtet der Dresdner Anzeiger, daß die Schie-  
dsregierung die Landtagsbeschlüsse bezüglich der schweren  
Verbrechen gegen die Sicherheit des Staats und ihren Fortfall  
von der Straffreiheit ausgenommen hat.  
Diese Bemerkung läßt ganz deutlich erkennen, daß ein  
großer Teil revolutionärer Arbeiter von der Am-

### Die sozialfaschistischen Totengräber der Konsumvereine am Branger

Der unter reformistischer Leitung stehende Konsumverein Bauhen zusammengebroch:  
Dresden, 19. Dezember 1932.  
In diesen Tagen hat der unter sozialdemokratischer Füh-  
rung stehende Konsumverein Bauhen keine Zahlungen einge-  
bracht. Die zusammengebrochene Konsumgenossenschaft umfaßt  
rund 600 Mitglieder und unterteilt sich in 40 Wohnstellen. Die  
Zahlungsverweigerung erfolgt wegen völliger Zahlungsunfähig-  
keit und erheblicher geldfälliger Verluste.  
Das hindert die SPD-Presse aber nicht, den Zusammen-  
bruch dieses Konsumvereins als die Folge „der instabilen Lage“  
darzustellen. So geschieht es in der Leipziger Volkszeitung  
und auch in anderen sozialistischen sozialdemokratischen Zeitungen.  
Gerade deshalb nehmen wir den Zusammenbruch des  
Bauhener Konsumvereins zum Anlaß, um auf  
eine ganze Reihe der zusammengebrochenen sozial-  
demokratisch-geführten Konsumvereine  
hinzuweisen, die nicht mehr existieren, sondern längst längst sind.  
In diesem Zusammenhang muß auch an die Forderung der  
Jahresrückvergütung durch den Dresdner Konsumverein erin-  
nert werden, eine Maßnahme der Genossenschaftspolitik,  
welche die größte Empörung in den Reihen der sozialdemokra-  
tisch organisierten Verbraucher hervorgerufen hat. Nachdem  
wir bereits in diesem Falle wiederholt die Genossenschaftlichen  
solcher kapitalistischen Wirtschafts- und Geschäftsmethoden an-  
geprangert haben, wollen wir heute im Zusammenhang mit dem  
Zusammenbruch des Bauhener Konsumvereins die schändliche  
Rolle der sozialfaschistischen Totengräber der Konsumvereine an  
einer ganzen Reihe anderer Beispiele anführen:  
In Halle dieses Jahres wurden folgende sozialdemokratische  
Konsumvereine ihres Existenz beraubt: Reinhold,  
Gott, Halberstadt, Berlin, Gotha und Jena.  
So sind dies sämtlich große und mittlere Konsumvereine,  
die dem reformistischen Zentralverband angeschlossen waren. Den-  
noch hat noch ein großer Anzahl sozialdemokratischer  
Konsumvereine zusammengebrochen. Und im Gegensatz zum so-  
zialdemokratischen Zentralverband sind eine ganze Reihe großer so-  
zialdemokratischer Konsumvereine in Berlin mit  
120 000 Mitgliedern, der Konsumverein der Arbeiter und der

### Morgen

veröffentlichen wir im Zusammenhang mit der Schie-  
dsregierung zu dem Beschluß der Deutschen Genossen-  
schaftskongresse gegen die Wehrverordnungen  
eine Sonderseite  
über unsere revolutionäre Genossen-  
schaftspolitik!